

> [Landrat / Parlament](#) || [Geschäfte des Landrats](#)

Titel: **Postulat von Elisabeth Schneider, CVP/EVP-Fraktion: Behandlung der brieflichen Stimmabgabe**

Autor/in: [Elisabeth Schneider](#), CVP

Mitunterzeichnet von: Ackermann, Augstburger, Bachmann, Corvini, Gorrengourt, Herwig, Rohrbach, Schuler, Simonet, Steiner und von Bidder

Eingereicht am: 15. Januar 2009

Bemerkungen: --

[Verlauf dieses Geschäfts](#)

Die aktuelle Bestimmung, dass die Abstimmungscouverts der brieflich Abstimmenden frühestens am Abstimmungstag geöffnet werden dürfen, führt in vielen Gemeinden zu Problemen. In den Medien wurde kürzlich die Gemeinde Binningen genannt, welche die Abstimmungscouverts bereits am Freitag vor dem Abstimmungs- bzw. Wahltag öffnen lässt. Die Gemeinde Binningen ist kein Einzelfall. In vielen Gemeinden werden die Abstimmungscouverts bereits am Vortag geöffnet (es wird aber nicht gezählt!) Der Grund dazu ist, dass es den Wahlbüros, v.a. bei Wahlen, nicht möglich ist, die Resultate innert nützlicher Frist zu ermitteln. Die Landeskanzlei ist aber auf eine speditive Ermittlung der Ergebnisse angewiesen, da diese teilweise an den Bund weiter geleitet werden müssen. Bei kantonalen Wahlen - wie z.B. bei Landratswahlen - wird erwartet, dass das Resultat noch gleichentags bekannt gegeben wird.

Das Problem hat sich in den letzten Jahren massiv verschärft, da die Stimmberechtigten ihre Stimme fast nur noch brieflich abgeben. Der Aufwand für die Öffnung der Abstimmungscouverts und der Couverts mit den Stimmzetteln wird allgemein unterschätzt.

Das Problem wurde von vielen Gemeinden anlässlich der letzten Revision des Gesetzes über die politischen Rechte angeführt ([Vorlage 2005/312](#)). Leider sind diese Bestimmungen aber Gegenstand der Verordnung und diese stand nicht zur Diskussion.

Ich beauftrage die Regierung deshalb zu prüfen, wie die Behandlung der brieflichen Stimmabgabe künftig gehandhabt werden soll, damit eine speditive Ermittlung der Abstimmungs- und Wahlergebnisse - unter Wahrung der Rechte der Stimmbürgerinnen und Stimmbürger - auch künftig gewährleistet werden kann.